

**Evangelische Volkspartei der Schweiz**

Joel Blunier, Generalsekretär

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 076 379 76 79

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Sekretariat UREK  
Parlamentsdienste  
3003 Bern

5. Juli 2006

**Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG). Revision des Elektrizitätsgesetzes.**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP der Schweiz freut sich, zur Revision des Elektrizitätsgesetzes Stellung nehmen zu können und dankt Ihnen bereits im Voraus für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates, UREK-S, schlägt vor, Eigentum und Betrieb des schweizerischen Elektrizitäts-Übertragungsnetzes einer nationalen Netzgesellschaft - einer privatrechtlichen Aktiengesellschaft - zu übertragen. Diese soll mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand (Kantone und Gemeinden) sein und soll keine Anteile an die Börse bringen.

Dieser Vorschlag deckt sich mit den langjährigen Überzeugungen der EVP, dass einmalige Infrastrukturen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben sollen, dass sie wettbewerbsorientierten Benutzern zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen sollen und dass keine Anteile an die Börse gebracht werden sollen, weil dadurch unlösbare Interessenskonflikte entstehen.

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen überzeugt der Vorschlag speziell, weil er die konsequente Trennung von den Interessen der Benutzer verlangt (Stromerzeugung, Verteilung und Handel), und weil er Besitz und Betrieb des Übertragungsnetzes in der gleichen Gesellschaft vereinigt – entgegen dem Vorschlag des Bundesrates.

Bezüglich der gestellten Fragen ist die EVP der Meinung, dass der Vorschlag

- einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit, zur Unabhängigkeit und zur Effizienz bringt
- dass es keine besseren Alternativen gibt

- dass die Frist für die Überführung in die schweizerische Netzgesellschaft so kurz wie möglich sein soll
- dass die Beschränkung auf das Hochspannungsnetz (220/380 kV) richtig ist

Die EVP hofft, dass die Beteiligten die Vorteile einer solchen Lösung für den langfristigen Erhalt einer sicheren, effizienten und kostengünstigen Stromübertragung einsehen werden und dass Fragen der Eigentumsgarantie und der Wirtschaftsfreiheit im Sinne der UREK-S mit dem öffentlichen Interesse an dieser nationalen Netzgesellschaft in Einklang gebracht werden können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Dr. Ruedi Aeschbacher  
Parteipräsident und Nationalrat



Joel Blunier  
Generalsekretär